

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**



**Deutsches
Jugendinstitut**

Empirische Studie

Diana Wilken, Frank König, Diana Zierold

Externe Perspektiven auf „Demokratie leben!“

Projekt: Programmevaluation „Demokratie leben!“

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u.a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Impressum

© 2024 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Deutsches Jugendinstitut
Außenstelle Halle
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle

Ansprechpartner:
Dr. Björn Milbradt
Telefon +49 345 68178-37
E-Mail milbradt@dji.de

Datum der Veröffentlichung Dezember 2024
ISBN: 978-3-86379-553-5
DOI: 10.36189/DJI202449

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt das veröffentlichende Institut die Verantwortung.

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Methode	6
3	Kenntnis der Bundesprogramme	8
4	Sicht der Leistungsfähigkeit von „Demokratie leben!“	14
5	Bundesprogramme als Rahmen für Projektarbeit	20
6	Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Arbeit durch staatliche Programme und Maßnahmen	23
7	Fazit	29
8	Literaturverzeichnis	31
9	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	32
10	Anhang	33

1 Einleitung

Dieses Papier stellt die Ergebnisse aus quantitativen Befragungen zur Bekanntheit und Bewertung von „Demokratie leben!“ vor, die das Team der „Gesamtevaluation“ (nachfolgend GE) im Zeitraum 2022 bis 2024 zum einen bei Akteur:innen der Landesebene durchgeführt hat, die als Fachreferent:innen/Fachkräfte in überregional tätigen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe aufgrund ihrer beruflichen Position Expertise im Themenspektrum des Bundesprogramms besitzen, jedoch keine direkte Förderung daraus erhalten (nachfolgend kurz „Expert:innen der Landesebene“), und zum anderen bei Mitgliedern der Landtage der Bundesländer, die zugleich Vertreter:innen ihrer Fraktionen in fachlich einschlägigen Parlamentsausschüssen sind (nachfolgend kurz „Politiker:innen“). Zudem sind Ergebnisse einer Befragung von Vertreter:innen kommunaler Jugendverbände durch das DJI-Projekt Jugendhilfe und sozialer Wandel (2024) eingeflossen, die auch einige Fragen der GE zu „Demokratie leben!“ enthielt. Die Befragten in dieser Erhebung hat die GE als kommunale Expert:innen für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit/Jugendverbandsarbeit (nach §§11 und 2 SGBVIII) betrachtet, die nach Ansicht der GE eine besonders relevante Adressat:innengruppe für Ergebnisse der Programmförderung von „Demokratie leben!“ darstellen (nachfolgend kurz: kommunale Expert:innen). Punktuell sind auch Ergebnisse der qualitativen Befragung externer Expert:innen eingeflossen, die die GE im Rahmen ihrer Regionalanalysen durchgeführt hat (vgl. Autor:innengruppe DJI/ISS i.E.).

Das Ziel dieser Erhebungen ist es, fördermittelunabhängige Perspektiven auf das Bundesprogramm und seine Umsetzung zu gewinnen, die – im Sinne von Multiperspektivität in Bezug auf die Bewertungen des Evaluationsgegenstandes – die Positionen der durch „Demokratie leben!“ geförderten Akteur:innen ergänzen und somit die Sichtweisen der Geförderten einzuordnen helfen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen dienen in Verbindung mit der Auswertung von Erhebungen der GE bei allen im Programm geförderten Akteur:innen Ende 2023/ Anfang 2024 dazu, im Schwerpunktbericht der GE für das Jahr 2024 mit dem Arbeitstitel „Demokratie leben! – Einschätzungen aus externer Perspektive und Einordnung im internationalen Vergleich“ folgende Leitfragen zu beantworten:

- Welche spezifischen Leistungspotenziale weist das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mit seinen Programmaktivitäten vor dem Hintergrund der Existenz verschiedener politischer Strategien und Initiativen/ Programmen der Extremismus-, Radikalisierungs- und Rassismusprävention sowie der Demokratie-, Integrations- und Inklusionsförderung auf EU-, Bundes-, Landes und kommunaler Ebene auf?
- Inwieweit lassen sich (In-)Kongruenzen und (Dys-)Synergien zwischen den oben genannten Strategien/ Initiativen/ Programmen und „Demokratie leben!“ feststellen?

Vor diesem Hintergrund dient das hier vorgelegte Papier dazu, einen ersten Einblick in die Sichtweisen externer Akteur:innen auf „Demokratie leben!“ zu vermitteln.

Es gliedert sich folgendermaßen: Nach einem kurzen Überblick über die angewendeten Methoden der Datenerhebung in Kapitel 2 werden in Kapitel 3 die Ergebnisse unserer Untersuchungen zur Bekanntheit des Bundesprogramms und der Einschätzung seiner Leistungen im Vergleich zu anderen Programmen präsentiert und daran anschließend die Frage danach vertieft, wie Akteur:innen außerhalb des Bundesprogramms die Fähigkeit des Programms einschätzen, die Aktivitäten der Zivilgesellschaft in den Themenfeldern des Bundesprogramms angemessen zu unterstützen.

2 Methode

Für die Bewertung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aus einer externen Perspektive wurden drei Akteur:innengruppen befragt:

- 1) Expert:innen auf Landesebene, die sich mit den Themen Demokratieförderung, Extremismusprävention und/ oder Vielfaltgestaltung auseinandersetzen,
- 2) Politiker:innen auf Landesebene, die in Landesausschüssen tätig sind, welche die Themen des Bundesprogramms betreffen, und
- 3) Vertreter:innen von Jugendverbänden auf kommunaler Ebene, die qua Funktion (vgl. §12 SGBVIII) Bezüge zu den Schwerpunktthemen von „Demokratie leben!“ aufweisen.

Befragt wurden alle drei Gruppen mit einem standardisierten Instrument. Dabei haben die Expert:innen auf Landesebene einen ausführlichen Fragebogen ausgefüllt, in dem beispielsweise Anfragen zu Kenntnissen und Wirkungen verschiedener Bundesprogramme sowie allgemeine Fragen zu den Effekten von Bundesprogrammen auf die Zivilgesellschaft beantwortet wurden. Die Politiker:innen haben eine kürzere Version dieses Fragebogens erhalten, um den Rahmenbedingungen der Erhebung, wie die parlamentarische Sommerpause sowie Wahlkampfaktivitäten, Rechnung zu tragen und den zeitlichen Aufwand für die Teilnahme an der Erhebung möglichst gering zu halten. Inhaltlich wurden die Politiker:innen ebenfalls zu ihren Kenntnissen über verschiedene Bundesprogramme befragt, jedoch wurde bei der Beurteilung der verschiedenen Programme der Fokus ausschließlich auf „Demokratie leben!“ gelegt. Die Befragung der kommunalen Jugendverbände wurde im Kontext einer umfangreichen, bundesweiten Erhebung des Projekts „Jugendhilfe und sozialer Wandel – Leistungen und Strukturen“ der Fachgruppe J2 – Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe am DJI durchgeführt, wobei die Fragen in das Instrument zur Erhebung in den Jugendverbänden integriert wurden. Im Unterschied zur Befragung der Länder-Expert:innen und Politiker:innen war für diese Akteur:innengruppe nicht ersichtlich, dass die Befragung aus der Evaluation von „Demokratie leben!“ heraus durchgeführt wurde. Dies hat den Vorteil, dass die Wahrscheinlichkeit von Antworttendenzen der sozialen Erwünschtheit geringer ist als bei denjenigen, die wissen, dass die Evaluation die Befragung durchführt.

Der Rücklauf sowie der Erhebungszeitraum der jeweiligen Befragtengruppe sind in Tab. 2.1 dargestellt. Bei den Expert:innen der Landesebene konnte mit knapp 50 Prozent ein guter Rücklauf erzielt werden, der valide Aussagen zu den im Fragebogen aufgegriffenen Themen ermöglicht. Bei den Politiker:innen und den kommunalen Jugendverbänden haben knapp 10 bzw. 13 Prozent geantwortet. Die GE geht auf Basis von Erfahrungen in anderen Erhebungen davon aus, dass der geringe Rücklauf bei den Politiker:innen und Jugendverbänden zum einen auf die Freiwilligkeit der Teilnahme an der Befragung zurückgeführt werden kann. Zum anderen herrschen in beiden Feldern spezifische Herausforderungen, welche den Rücklauf neben der Freiwilligkeit vermutlich beeinflusst haben. In Hinblick auf die Politiker:innen ist hier einerseits der Erhebungszeitraum zu nennen. Dieser lag teilweise in der parlamentarischen Sommerpause und fiel aufgrund anstehender Landtagswahlen in drei Bundesländern dort auch in die Hauptwahlkampfzeit. Zugleich

ist der direkte Zugang zu dieser Befragtengruppe per E-Mail im Kontext einer Online-Erhebung, wie der unsrigen, erfahrungsgemäß herausforderungsvoll. Bei den kommunalen Jugendverbänden ist plausibel anzunehmen, dass die primär ehrenamtlich getragene Struktur der Verbände sowie die Länge des gesamten Fragebogens des oben genannten Projekts (über eine Stunde Ausfüllzeit) mögliche Hinderungsgründe für die geringe Teilnahmequote an der Befragung gewesen sind. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Fragen der GE in der Befragung der kommunalen Jugendverbände am Ende des Fragebogens integriert wurden und somit auch nur die Befragten in unsere Auswertung einfließen, die den Fragebogen vollständig ausgefüllt hatten. Die Anzahl der Teilnehmenden an der Befragung der Jugendverbände insgesamt war mehr als doppelt so hoch.

Vor dem Hintergrund dieser Spezifika sind die Rückläufe der Politiker:innen und der Jugendverbände aus Sicht der GE zufriedenstellend. Auf der Grundlage der Antworten aller drei Befragtengruppen können differenzierte Auswertungen vorgenommen werden, die einen externen Blick auf „Demokratie leben!“ aus verschiedenen Perspektiven zulassen. Gleichwohl sind die Daten insbesondere aus der Befragung der Politiker:innen nicht so aussagekräftig wie die Daten für die Jugendverbände. So fällt der Rücklauf von knapp 13 Prozent bei den kommunalen Jugendverbänden anteilig zwar ähnlich gering aus wie der bei den Politiker:innen auf Landesebene. Aufgrund der um das Zehnfache höheren Absolutzahl ist die Datenbasis für die Auswertungen bei den kommunalen Jugendverbänden (n=480) jedoch deutlich belastbarer als bei den Politiker:innen (n=46).

Die relativ gesehen geringere Anzahl der teilnehmenden Politiker:innen führt in unseren Ausführungen dazu, dass wir deren Angaben keine Repräsentativität zuschreiben. Da wir zugleich keine systematischen Verzerrungen im Antwortverhalten der Landes-Politiker:innen festgestellt haben, verwenden wir die vorliegenden Daten dennoch, um sie vor allem mit den Angaben der Expert:innen auf der Landesebene zu kontrastieren. Das scheint uns auch deshalb gerechtfertigt, weil sich in den Auswertungen i.d.R. ähnliche Ergebnisse wie bei den anderen Befragtengruppen zeigen, wie sich in den kommenden Ausführungen sehen lässt.

Tab. 2.1: Erhebungszeitraum und Rücklauf der Befragtengruppen

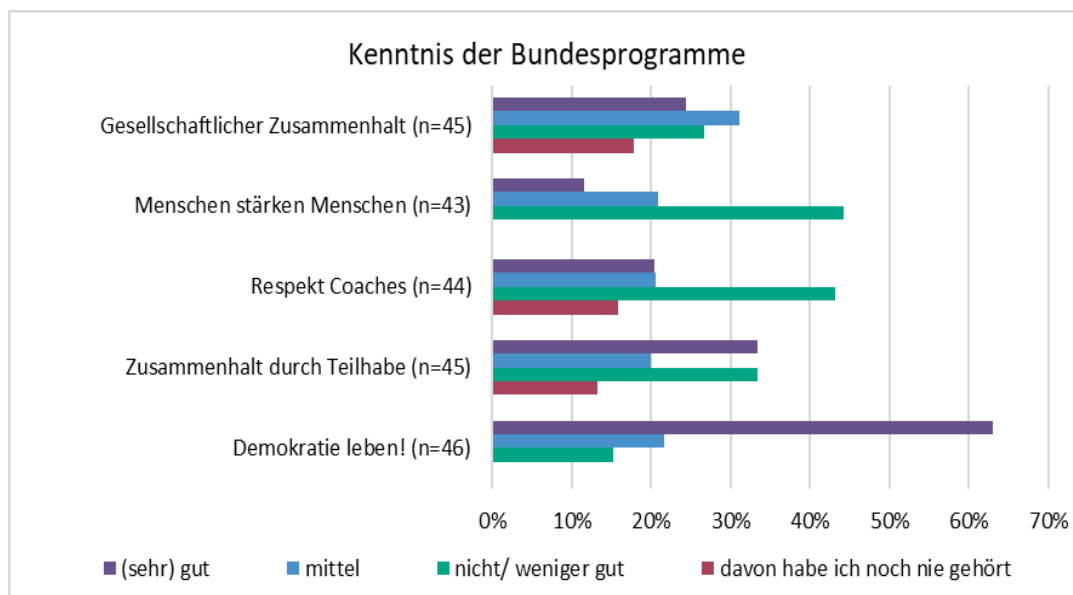
	Expert:innen der Landesebene	Politiker:innen der Landesebene	Kommunale Jugendverbände
Erhebungszeitraum	Februar – April 2024	Juni – Juli 2024	März – Juni 2024
Angeschrieben	103	482	3.764
Geantwortet	51	46	480
Rücklauf in %	49,5	9,5	12,8

Quelle: Online-Erhebung der GE am DJI 2024 für die Daten zu den Expert:innen und Politiker:innen der Länderebene und DJI-Projekt Jugendhilfe und sozialer Wandel (2024) für die Daten zu den kommunalen Jugendverbänden, eigene Darstellung

3 Kenntnis der Bundesprogramme

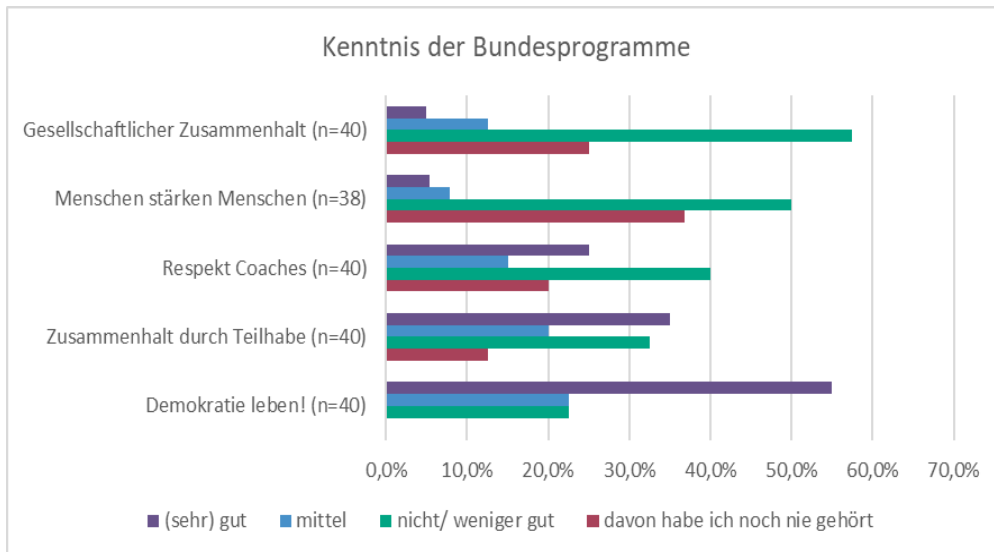
Eine Voraussetzung dafür, von den externen Akteur:innen belastbare Aussagen zu erhalten, wie sie „Demokratie leben!“ ggf. im Vergleich zu anderen Bundesprogrammen bewerten, ist, dass sie es zumindest in Grundzügen kennen. Daher hat die GE bei allen befragten Politiker:innen und Expert:innen der Landesebene sowie bei den Befragten der kommunalen Jugendverbände erhoben, inwieweit sie verschiedene Bundesprogramme der Demokratieförderung und Extremismusprävention kennen. Die Ergebnisse dieses Teils unserer Erhebungen sind Gegenstand des folgenden Kapitels. Herangezogen wurden die Programme „Demokratie leben!“, „Zusammenhalt durch Teilhabe“, „Respekt Coaches“, „Menschen stärken Menschen“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Die Abb. 3.1, Abb.3.2 und Abb. 3.3 zeigen für die einzelnen Befragtengruppen die Antworten auf die Frage, ob und wie gut die Befragten die genannten Programme kennen.

Abb. 3.1: "Wie gut kennen Sie die Angebote/Projekte der nachfolgend genannten Programme der Extremismusprävention und Demokratieförderung?" (Politiker:innen)



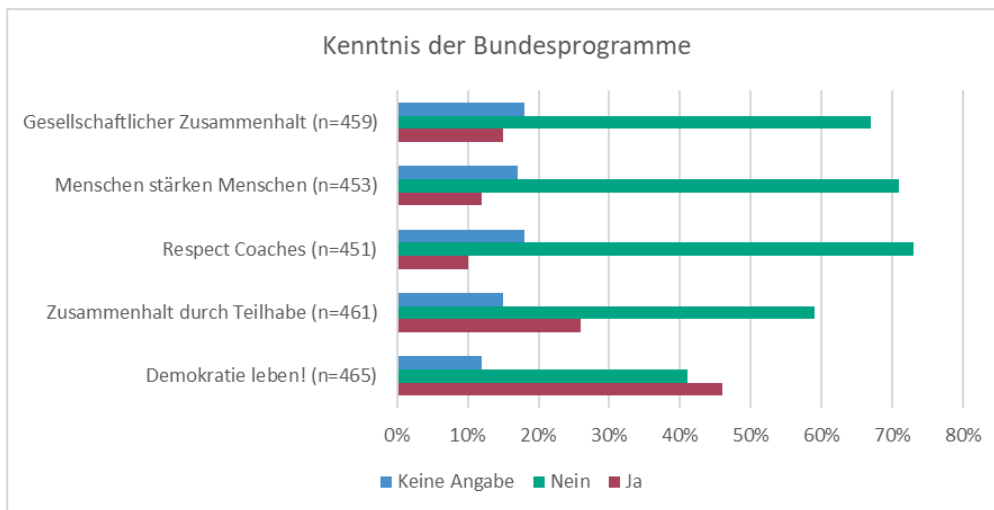
Quelle: Antworten der Politiker:innen/ Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024

Abb. 3.2: "Wie gut kennen Sie die Angebote/ Projekte der nachfolgend genannten Programme der Extremismusprävention und Demokratieförderung?" (Expert:innen der Landesebene)



Quelle: Antworten der Expert:innen der Landesebene/ Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024

Abb. 3.3: „Kennt Ihr Jugendverband folgende Programme bzw. deren Angebote oder Projekte?“ (kommunale Jugendverbände)



Quelle: Antworten Jugendverbände/ Erhebung im Rahmen des Projekts „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ der Fachgruppe J2 am DJI 2024 (DJI-Projekt Jugendhilfe und sozialer Wandel (2024))

Bedingt durch die Erhebungsmodalitäten wurden die Jugendverbände mit einer alternativen Skala zu ihrer Kenntnis der Bundesprogramme befragt als die beiden anderen Befragten Gruppen (vgl. Kapitel 2). Dennoch lassen sich Erkenntnisse darüber ableiten, wie bekannt die einzelnen Programme im Vergleich zueinander sind. „Demokratie leben!“ ist bei allen drei Befragten Gruppen das Programm mit der größten Bekanntheit. „Zusammenhalt durch Teilhabe“ ist unter allen Befragten ebenfalls

relativ gut bekannt. Bei den anderen drei abgefragten Programmen ist das deutlich seltener der Fall.

Bei den Jugendverbänden auf der kommunalen Ebene zeigt sich ein relativ ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Befragten, die angaben, „Demokratie leben!“ zu kennen (46 Prozent) und denen, die es nicht kennen (41 Prozent). Dagegen geben die Politiker:innen und Expert:innen der Landesebene deutlich häufiger an, „Demokratie leben!“ mittel bzw. (sehr) gut zu kennen. Für diese beiden Befragtengruppen muss berücksichtigt werden, dass es für sie, im Gegensatz zu den Jugendverbänden, erkennbar war, dass die Befragung von der Evaluation des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ausging, sodass möglicherweise Antworttendenzen im Zuge der sozialen Erwünschtheit auftreten und die Befragten häufiger angeben, das Bundesprogramm (sehr) gut zu kennen. Trotz solcher möglichen Antworttendenzen lässt sich schlussfolgern, dass „Demokratie leben!“ neben „Zusammenhalt durch Teilhabe“ das bekannteste Bundesprogramm unter den in den Erhebungen genannten ist, denn auch die Jugendverbände, die, wie erwähnt, nicht ausdrücklich im Rahmen der Evaluation befragt wurden, gaben im Vergleich der Bundesprogramme deutlich häufiger an, „Demokratie leben!“ zu kennen.

Bei der Interpretation dieser Befunde ist zu berücksichtigen, dass sich auf der Ebene der Bundesländer die einschlägigen Programme und Initiativen der Länder oft auf die beiden Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ beziehen. Insoweit steigt dadurch die Chance, dass Befragte dieser Ebene beide Programme zumindest vom Namen her kennen. Zugleich wissen wir aus Interviews und Beobachtungen auf der kommunalen Ebene v. a. im Rahmen unserer Regionalstudien, dass Menschen dort zwar mit Maßnahmen und Strukturen in Kontakt kommen können, die aus „Demokratie leben!“ gefördert werden, diese jedoch nicht immer dem Programm zurechnen (vgl. Autor:innengruppe DJI/ISS i.E.). Gerade Praktiker:innen auf der kommunalen Ebene – aber nicht nur dort – lenken ihre Aufmerksamkeit darauf, dass überhaupt Maßnahmen durchgeführt werden. Ob dabei das Label „Demokratie leben!“ mitgeführt wird, scheint bisweilen zweitrangig zu sein. Zugleich haben unsere Regionalstudien aber auch gezeigt, dass „Demokratie leben!“ als Marke bedeutsam sein kann, um Maßnahmen zu legitimieren, Zielgruppen zu erschließen oder weitere Fördermöglichkeiten zu erschließen (vgl. ebd.).

Woher kennen die Befragten das Bundesprogramm?

Im Anschluss an die Frage nach der Bekanntheit von „Demokratie leben!“, hat sich die GE dafür interessiert, über welche Kanäle die Befragten Kenntnis über das Programm erlangt haben. Für die Gruppe der Politiker:innen zeigt sich, dass sie insbesondere über ihre politische Tätigkeit mit dem Bundesprogramm in Berührung kommen (72 Prozent) (Tab.3 2). Sowohl für die Politiker:innen als auch die Expert:innen der Landesebene ist darüber hinaus festzustellen, dass die Öffentlichkeitsarbeit von „Demokratie leben!“ (Politiker:innen: 35 Prozent; Expert:innen der Landesebene: 38 Prozent) sowie Netzwerke, in die auch durch das Bundesprogramm geförderte Organisationen eingebunden sind (Politiker:innen: 35 Prozent; Expert:innen der Landesebene: 33 Prozent; kommunale Jugendverbände: 15 Prozent), eine wichtige Rolle dabei spielen, sich mit dem Bundesprogramm bekannt zu machen.

Auf der Landesebene ist für die Bekanntheit bedeutsam, dass die dort geförderten, überregional tätigen Träger vielfach in thematisch einschlägige Landesnetzwerke eingebunden sind. Damit ist die Wahrscheinlichkeit vergleichsweise hoch, das programm-externe Akteur:innen der Landesebene dort einem durch „Demokratie leben!“ geförderten Projekt begegnen. Die Ergebnisse aus der Befragung der Jugendverbände auf der kommunalen Ebene zeigt, dass das dort weniger oft der Fall zu sein scheint.

Auch die Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesprogramms leisten einen Beitrag zu seiner Bekanntheit, wobei hierzu anzumerken ist, dass die Befragten der Länderebene in den Themenfeldern Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention tätig bzw. mit diesen befasst sind und daher – im Vergleich zur breiten Öffentlichkeit – eine entsprechend höhere Grundaufmerksamkeit für diese Themen und damit das Programm haben.

22 Prozent der Politiker:innen, 23 Prozent der Expert:innen der Landesebene und 24 Prozent der kommunalen Jugendverbände gaben außerdem an, dass sie mit dem Bundesprogramm über seine Veranstaltungen in Kontakt gekommen sind. Dieser Befund deckt sich mit den Beobachtungen der von uns in Interviews befragten Akteur:innen auf der kommunalen Ebene (vgl. Autor:innengruppe DJI/ISS i.E.). Für die befragten Expert:innen der Landesebene spielt darüber hinaus die Suche nach Fördermitteln (27 Prozent) eine wichtige Rolle, um auf „Demokratie leben!“ aufmerksam zu werden.

Tab. 3. 2: „Woher kennen Sie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bzw. wie sind Sie darauf aufmerksam geworden?“

Woher kennen Sie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bzw. wie sind Sie darauf aufmerksam geworden?	
Politiker:innen (n=46)	
... über meine politische Tätigkeit	71,7%
... über Werbemaßnahmen/ Öffentlichkeitsarbeit/ Pressemitteilungen/ Parlamentsanfragen zu „Demokratie leben!“ (inkl. Öffentlichkeitsarbeit geförderter Projekte)	34,8%
... über ein Netzwerk, in dem auch von „Demokratie leben!“ geförderte Organisation(en) beteiligt sind	34,8%
... über eine Veranstaltung bzw. Veranstaltungen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	21,7%
... als Mitglied eines Begleitausschusses der Partnerschaft für Demokratie (PfD) des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	8,7%
... über eine Informationssuche	4,3%
Expert:innen der Landesebene (n=40)	
...über Werbemaßnahmen/Öffentlichkeitsarbeit von „Demokratie leben!“ (inkl. Öffentlichkeitsarbeit geförderter Projekte)	37,5%
...über ein Netzwerk, in dem auch von "Demokratie leben!" geförderte Organisation(en) beteiligt sind	33,3%
...bei der Suche nach Fördermitteln für ein eigenes Projekt/ Angebot	27,1%
...über Informationen von „Dritten“ (Jugendamt, Newsletter, Netzwerke etc.)	22,9%
...über eine Veranstaltung von „Demokratie leben!“ (Infoveranstaltung/ Fortbildung).	22,9%
...bei Internet-Recherchen zu Themen/Materialien/Kooperationspartnern	20,8%
...über eine Partnerschaft für Demokratie (PfD).	18,8%
...über einen Kontakt mit Mobiler oder Betroffenen-Beratung im Kontext Rechtsextremismus	12,5%
...über einen Kontakt mit einem im Programm geförderten (Modell)Projekt.	12,5%
...über einen Kontakt mit einem Begleitprojekt von „Demokratie leben!“ (z.B. Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung, Dachverband Opferberatung, Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken, Bundearbeitsgemeinschaft gegen Hass im Netz usw.	12,5%
...über eine Veranstaltung jenseits von „Demokratie leben!“ (Infoveranstaltung/ Fortbildung).	8,3%

Woher kennen Sie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bzw. wie sind Sie darauf aufmerksam geworden?	
...über einen Kontakt mit einem Kompetenznetzwerk/ Kompetenzzentrum	8,2%
...als Mitglied eines Begleitausschusses der Partnerschaft für Demokratie (PfD)	6,3%
...über die Vielfalt-Mediathek (z.B. durch eine Materialsuche)	4,2%

Quelle: Antworten der Politiker:innen, Expert:innen der Landesebene und Jugendverbände/ Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024 und Erhebung im Rahmen des Projekts „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ der Fachgruppe J2 am DJI 2024 (DJI-Projekt Jugendhilfe und Sozialer Wandel 2024))

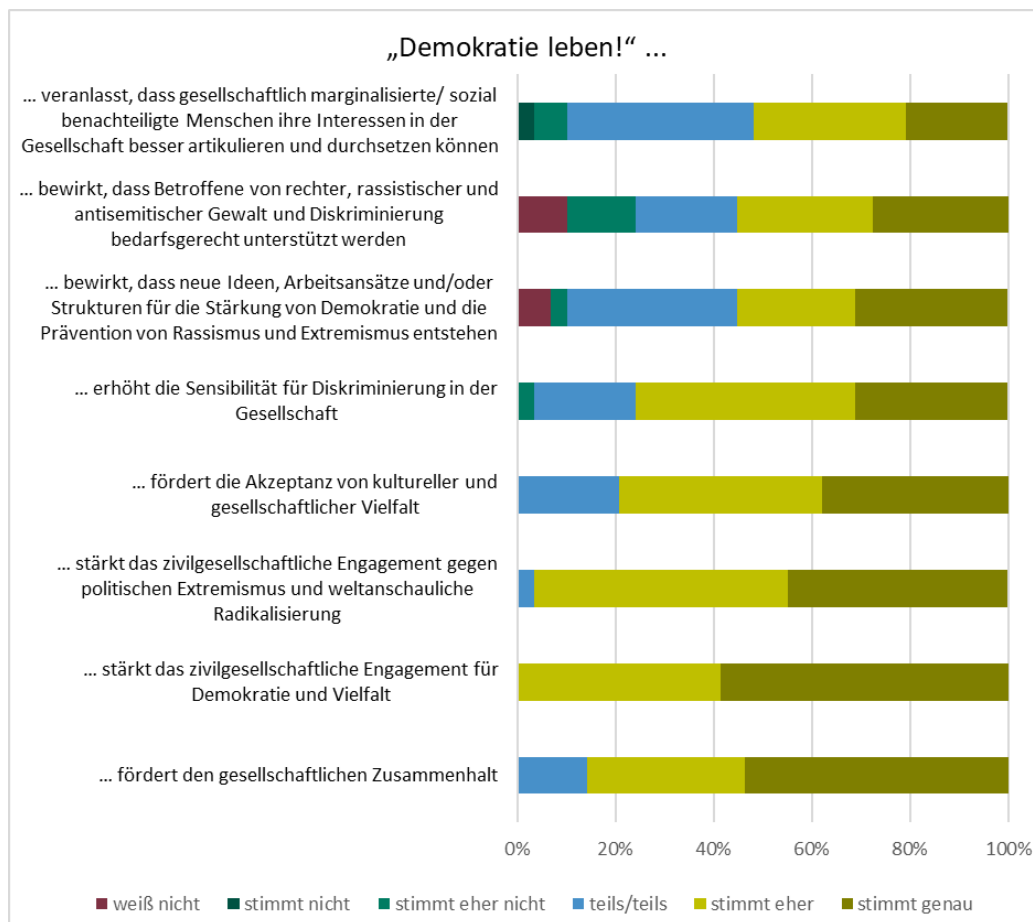
4 Sicht der Leistungsfähigkeit von „Demokratie leben!“

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zielt im Wesentlichen darauf,

- zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und gegen Extremismus zu unterstützen und anzuregen,
- dazu beizutragen die Sensibilität für Diskriminierung und die Akzeptanz kultureller sowie gesellschaftlicher Vielfalt zu erhöhen,
- Opfer von Diskriminierung und weltanschaulich-politisch motivierter Gewalt zu unterstützen und
- neue Wege der Arbeit in den Themenfeldern des Bundesprogramms zu entwickeln und zu erproben (vgl. Jütz u.a. 2023, S. 10 ff.).

In der Evaluation des Bundesprogramms interessiert uns dementsprechend, wie externe Beobachter:innen des Programms einschätzen, inwieweit es „Demokratie leben!“ gelingt, diese Ziele zu erreichen. In Abb. 4.4 ist dargestellt, wie Politiker:innen die entsprechenden Fähigkeiten des Bundesprogramms beurteilen. Dabei zeigen sich hohe Zustimmungswerte dazu, dass „Demokratie leben!“ den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz kultureller sowie gesellschaftliche Vielfalt fördert, das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Vielfalt sowie gegen Extremismus stärkt und die Sensibilität für Diskriminierung in der Gesellschaft erhöht. Hier schreiben die befragten Landespolitiker:innen dem Bundesprogramm eine entsprechende Leistungsfähigkeit zu. Im Vergleich dazu werden die Effekte der Programmförderung auf die Entstehung neuer Ideen und Arbeitsansätze im Bereich Demokratiestärkung und Extremismusprävention etwas weniger positiv bewertet. Auch hinsichtlich der bedarfsgerechten Unterstützung von Menschen, die von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind, und in der Frage, ob das Programm dazu beitragen kann, dass sich gesellschaftlich marginalisierte Gruppen besser artikulieren und ihre Interessen in der Gesellschaft durchsetzen können, wird die Leistungsfähigkeit von „Demokratie leben!“ vergleichsweise kritisch bewertet.

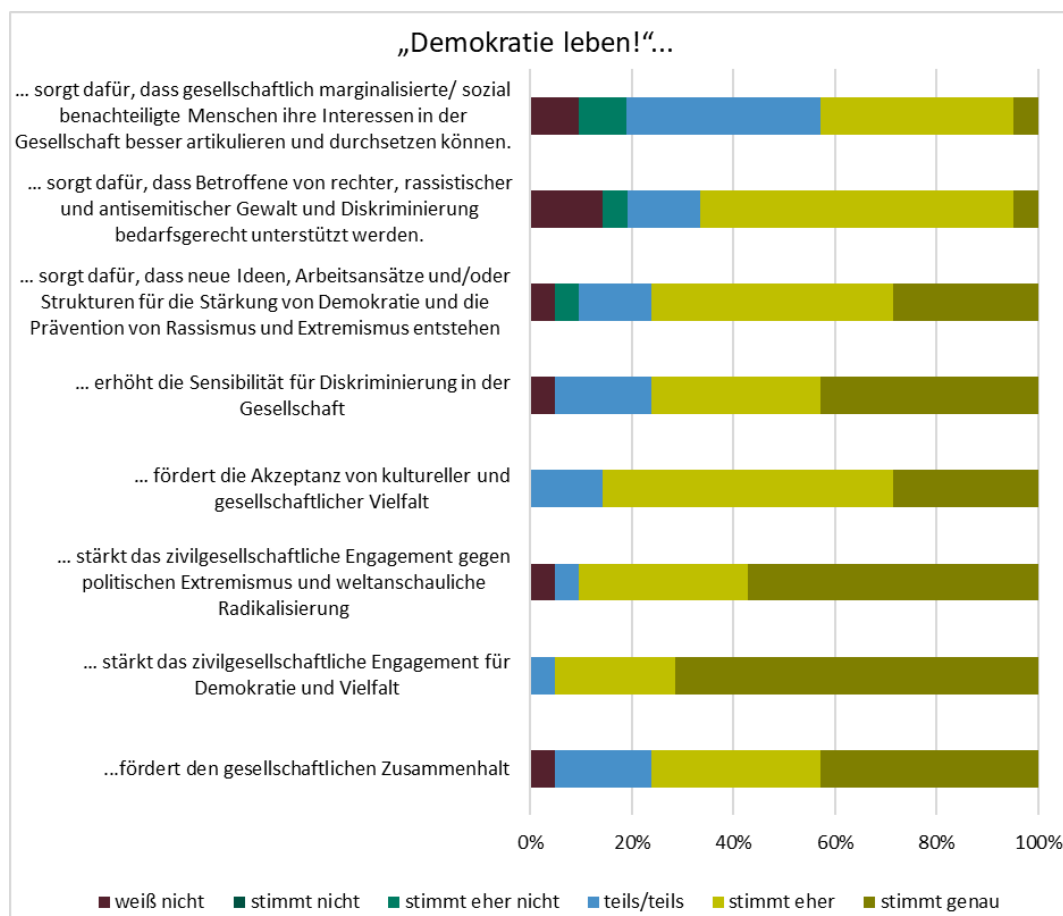
Abb. 4.4: „Wie bewerten Sie aus Ihrer Sicht die folgenden Aussagen zum Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘?“ (Politiker:innen / n=29)



Quelle: Antworten der Politiker:innen/ Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024

Die Einschätzungen der Expert:innen der Landesebene ergeben ein ähnliches Bild, wenngleich sie durchweg etwas nuancierter ausfallen als bei den Politiker:innen (vgl. Abb. 4.5). So bewerten die Länder-Expert:innen die Effekte des Bundesprogramms auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das zivilgesellschaftliche Engagement, die Akzeptanz kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt sowie die Sensibilisierung für Diskriminierung in der Gesellschaft sehr positiv. Hinsichtlich der Unterstützung marginalisierter Gruppen bei der Artikulation und Durchsetzung ihrer Interessen in der Gesellschaft geben die Expert:innen der Landesebene jedoch noch geringere Zustimmungswerte an, als die Politiker:innen. Hier zeigt sich Verbesserungspotential für das Bundesprogramm. Ähnliches lässt sich für die Unterstützung der von Gewalt und Diskriminierung Betroffenen festhalten.

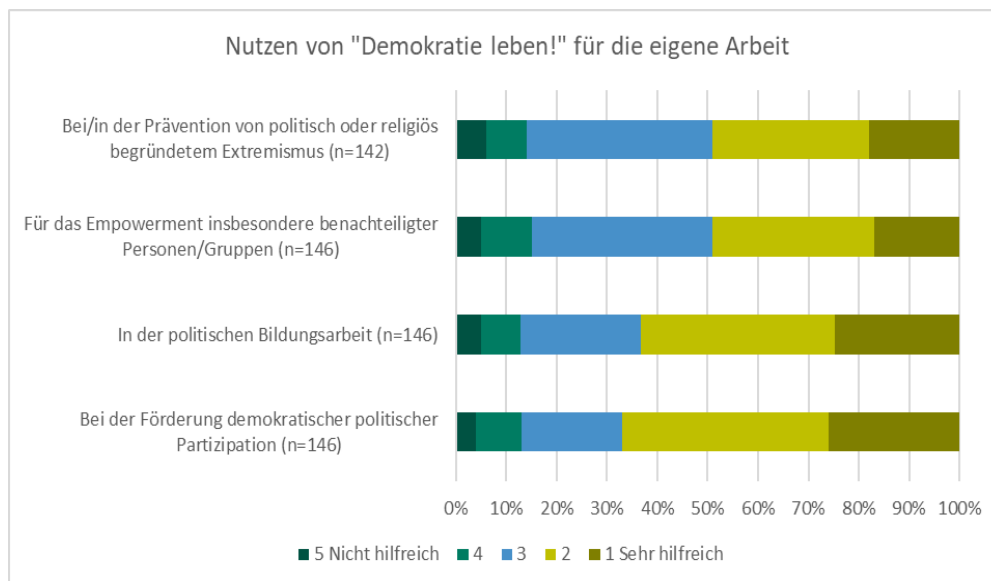
Abb. 4.5: „Wie bewerten Sie aus Ihrer Sicht die folgenden Aussagen zum Bundesprogramm ;Demokratie leben!;?“ (Expert:innen der Landesebene / n=21)



Quelle: Antworten der Expert:innen der Landesebene/ Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024

Für die Jugendverbände der kommunalen Ebene zeigt sich in Abb. 4.6, dass sie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ insgesamt als gewinnbringend und hilfreich für die eigene Arbeit bewerten, soweit sie es kennen. Der Nutzen für die Förderung demokratisch politischer Partizipation sowie für die politische Bildungsarbeit wird dabei am höchsten eingeschätzt. Rund zwei Drittel der Befragten in den Jugendverbänden bewerten das Programm für die eigene Arbeit als (sehr) hilfreich. Im Hinblick auf das Empowerment benachteiligter Personen oder Gruppen sowie auf die Prävention im Bereich politisch oder religiös begründetem Extremismus fällt die Bewertung, wie hilfreich das Programm hierbei ist, etwas zurückhaltender aus. Hier geben jeweils knapp 50 Prozent der Befragten an, dass das Bundesprogramm (sehr) hilfreich ist. Damit beurteilen die kommunalen Jugendverbände – ähnlich den Befragten auf der Landesebene – die Leistungsfähigkeit von „Demokratie leben!“ in den Themenfeldern der Vielfaltgestaltung und der Extremismusprävention etwas schwächer als im Themenfeld der Demokratieförderung.

Abb. 4.6: „Wie hilfreich schätzt Ihr Jugendverband das Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ für die eigene Arbeit ein?“ (Jugendverbände)



Quelle: Antworten Jugendverbände/ Erhebung im Rahmen des Projekts „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ der Fachgruppe J2 am DJI 2024

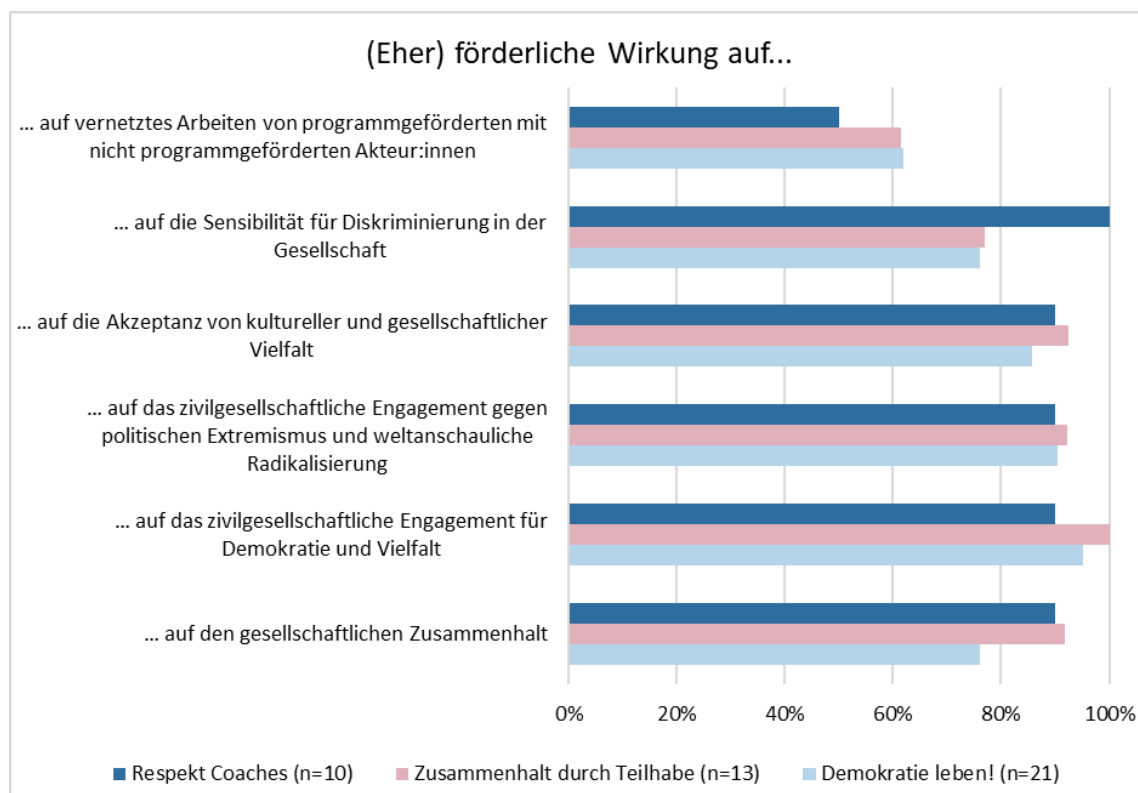
Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Bundesprogramme im Vergleich

Ergänzend zu der Frage danach, wie sie die Leistungsfähigkeit bzw. Erträge des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ einschätzen, wurden die Expert:innen der Landesebene (und nur diese) gebeten, auch die anderen abgefragten Programme zu verschiedenen Leistungsaspekten zu beurteilen, sofern sie angaben, die entsprechenden Programme zu kennen. Der Vergleich von „Demokratie leben!“ mit „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und den „Respekt Coaches“¹ zeigt, dass die drei Programme in vielen Punkten ähnlich eingeschätzt werden (vgl. Abb. 4.7). Hervorsticht der Punkt „(eher) förderliche Wirkung auf das vernetzte Arbeiten von programmgeförderten mit nicht programmgeförderten Akteur:innen“. Dieser hat für alle drei Programme die geringsten Zustimmungswerte. Das ist unter dem Gesichtspunkt des Transfers von Ergebnissen aus „Demokratie leben!“ (aber auch der anderen Programme) dahingehend problematisch, dass wir aus der Transferforschung und den eigenen Untersuchungen zu Nachhaltigkeit und Transfer wissen, dass sich die entwickelten Ideen und Arbeitsansätze nachhaltig vor allem über Kooperationsbeziehungen von programmgeförderten mit nicht programmgeförderten Akteur:innen aus der Regelpraxis verbreiten und etablieren (vgl. Autor:innengruppe der Gesamtevaluation 2024, S. 14 f.). Hier deutet sich aus einer externen Perspektive an, dass

1 Nicht mit einbezogen werden in die Auswertung die Bundesprogramme „Menschen stärken Menschen“ sowie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“, da jeweils nur eine:r bzw. zwei der Befragten auf die zu analysierenden Fragen geantwortet haben und somit keine differenzierten Aussagen möglich sind.

(auch) in „Demokratie leben!“ gegebenenfalls entsprechende Weiterentwicklungspotenziale bestehen.

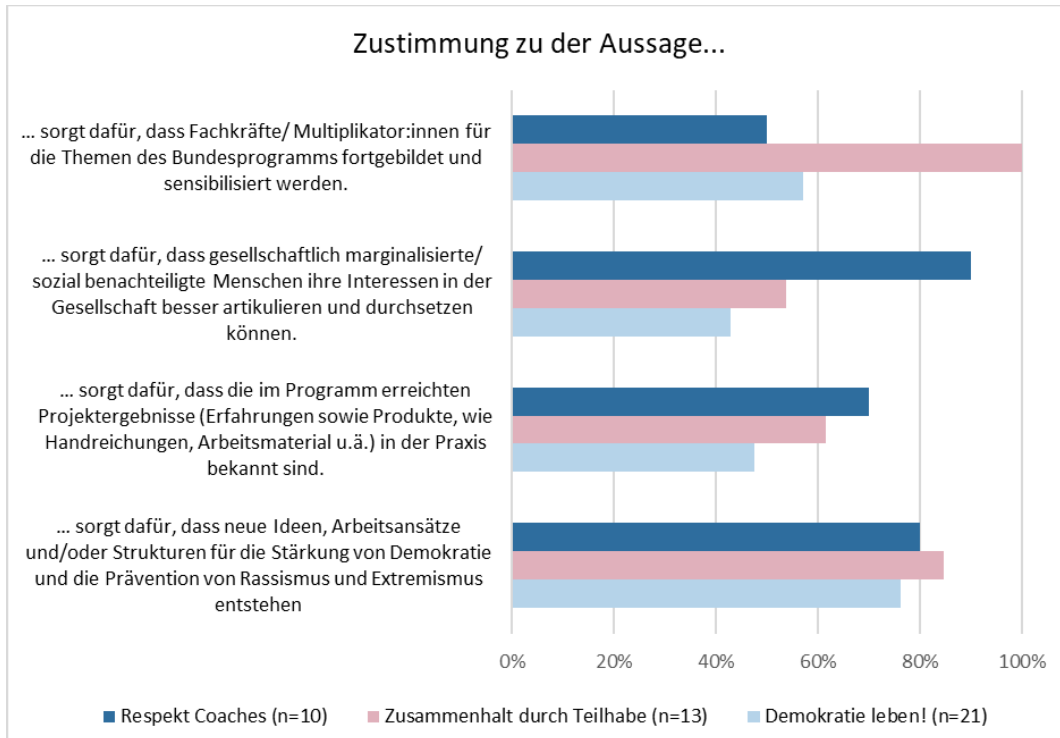
Abb. 4.7: Wie bewerten Sie die folgenden Aussagen zu den Bundesprogrammen?“ – Darstellung der zusammengefassten Antwortkategorien „förderlich“ und „eher förderlich“ (Expert:innen der Landesebene



Quelle: Antworten der Expert:innen der Landesebene / Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024

Betrachtet man die drei Programme in vier der oben genannten Zieldimensionen von „Demokratie leben!“ (Qualifizierung von Fachkräften, Empowerment, Innovationsproduktion und Transfer) im Vergleich, zeigt sich, dass die befragten Expert:innen der Landesebene zwei Programmen spezifische Leistungspotenziale zuschreiben (vgl. Abb. 4.8). So hat das Programm „Respekt Coaches“ nach Angaben der Befragten im Bereich der Förderung der Interessensartikulation marginalisierter Gruppen im Vergleich das größere Leistungspotential. Das entspricht auch seiner inhaltlichen Ausrichtung. Dasselbe gilt für das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“, in dem die Länder-Expert:innen die Fortbildung und Sensibilisierung von Fachkräften und Multiplikator:innen als vergleichsweise herausstechenden Leistungsbereich betrachten. Aufgrund seiner thematischen Breite und der Vielfalt an geförderten Arbeitsansätzen sticht „Demokratie leben!“ als multithematisches und multimodales Programm (vgl. Jütz u.a. 2023, S. 82) in keiner der untersuchten Zieldimensionen hervor.

Abb. 4.8: „Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu den Bundesprogrammen zu?“ – Darstellung der zusammengefassten Antwortkategorien „stimmt genau“ und „stimmt eher“ (Expert:innen der Landesebene)



Quelle: Antworten der Expert:innen der Landesebene / Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024

5 Bundesprogramme als Rahmen für Projektarbeit

Förderprogramme geben den von ihnen unterstützten Projekten bzw. Maßnahmen jeweils allgemeine sowie programmspezifische Rahmenbedingungen vor. Diese ergeben sich im Wesentlichen zum einen aus dem Rechtsrahmen für die (Bundes-)Programmförderung (Haushalts- und Verwaltungsrecht des Bundes und der Länder) und zum anderen aus den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen, der Organisation (Struktur/ Aufbau sowie Abläufe) und der Ausstattung der einzelnen Programme mit Finanzmitteln.

Wir haben die von uns befragten Expert:innen der Landesebene gebeten, uns zu ausgewählten dieser Rahmenbedingungen Auskunft zu geben. Hierbei ergibt sich folgendes Bild: Werden die Antworten zunächst ohne die Antwortkategorie „weiß nicht“ betrachtet (vgl. Tab. D 2), zeigt sich, dass die Expert:innen sowohl „Demokratie leben!“ (80 Prozent) als auch „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (84,6 Prozent) eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der geförderten Projekte zuschreiben, während sie die Finanzierung des Bundesprogramms „Respekt Coaches“ mit 38 Prozent Zustimmung als vergleichsweise weniger bedarfsgerecht betrachten. Eine klare und transparente Programmstruktur sehen zwischen 58,8 und 69,3 Prozent der Befragten bei allen drei Bundesprogrammen als gegeben.² Hinsichtlich des Verwaltungsaufwandes ergibt sich ein differenziertes Bild. Während 63,7 Prozent „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und 50 Prozent „Respekt Coaches“ einen vertretbaren Aufwand zuschreiben, sind es bei „Demokratie leben!“ 33,3 Prozent.

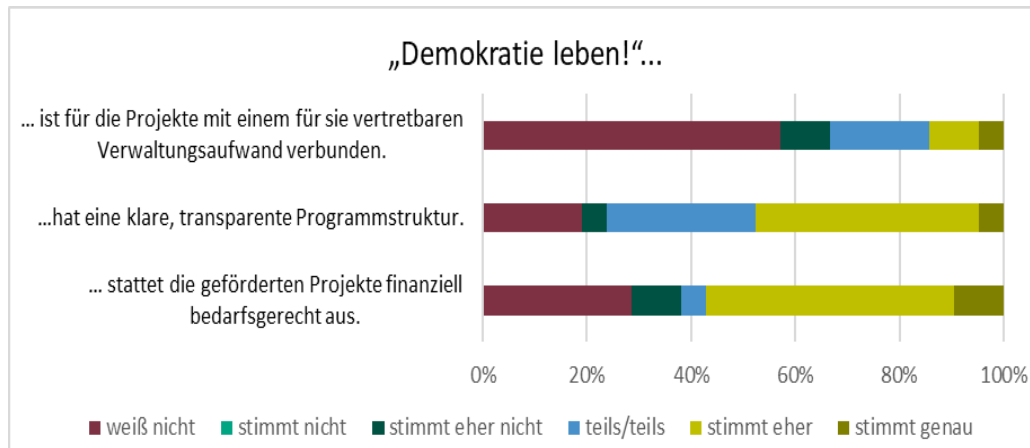
Das bedeutet nach Auffassung der GE, dass die Expert:innen auf der Landesebene „Demokratie leben!“ als Programm wahrnehmen, welches einerseits die Arbeit der geförderten Projekte durch eine angemessene Förderung zum Teil überhaupt erst ermöglicht, gleichzeitig jedoch eine im Vergleich hohe Mehrbelastung durch Verwaltungsaufgaben mit sich bringt. Das deckt sich mit einer Reihe von Einschätzungen, die die GE in ihren Interviews im Rahmen der Regionalanalysen erhoben hat (vgl. Autor:innengruppe DJI/ISS i.E.).

Werden die Ergebnisse unter Hinzunahme der „weiß nicht“-Antworten betrachtet (Abb. 5.9, Abb. 5.10, Abb. 5.11), zeigt sich, dass die befragten Expert:innen der Landesebene die Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und „Respekt Coaches“ nicht so gut einschätzen können, wie „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und daher in ihren Bewertungen zu beiden Programmen insgesamt zurückhaltender sind. Besonders beim Verwaltungsaufwand von „Demokratie leben!“ geben mehr als die Hälfte der Länder-Expert:innen an, diesen nicht beurteilen zu können. Einen wesentlichen Grund dafür sieht die GE in der Größe und Komplexität des Programms,

2 „Demokratie leben!“: 58,8 Prozent; „Zusammenhalt durch Teilhabe“: 69,3 Prozent; Respekt Coaches: 62,6 Prozent.

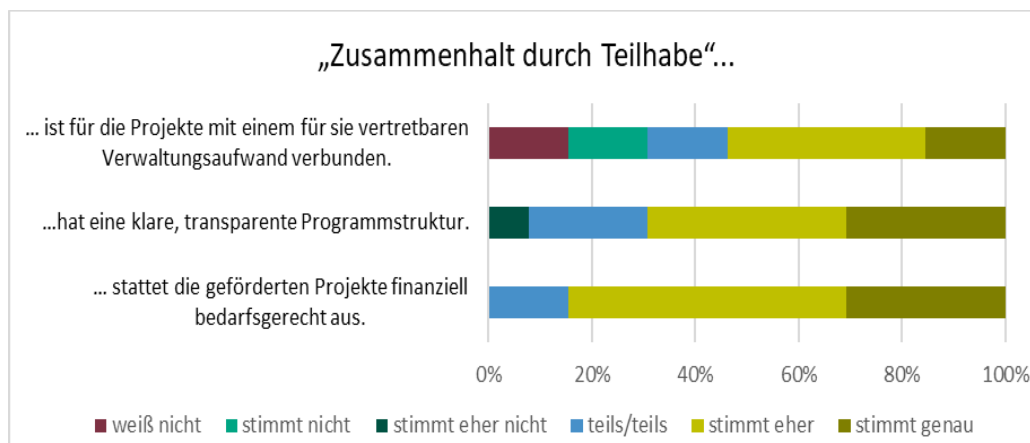
die vermutlich dazu führen, dass ein bedeutsamer Teil der Befragten auf der Landesebene in die Mittelverwaltung insbesondere von „Demokratie leben!“ nicht genügend Einblick besitzt, um dazu eine begründete Einschätzung treffen zu können.

Abb. 5.9: „Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zum Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ zu?“ (Expert:innen der Landesebene / n=21)



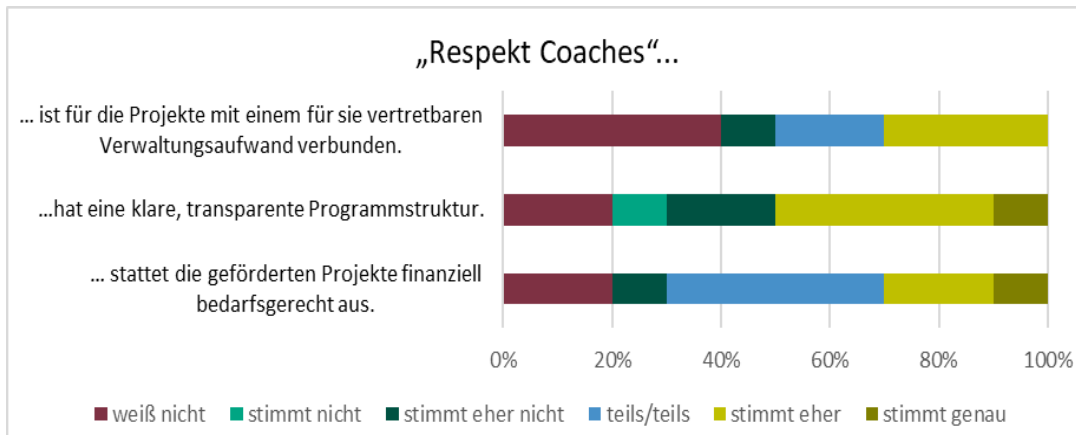
Quelle: Antworten der Expert:innen der Landesebene/ Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024

Abb. 5.10: „Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zum Bundesprogramm ‚Zusammenhalt durch Teilhabe‘ zu?“ (Expert:innen der Landesebene / n=12)



Quelle: Antworten der Expert:innen der Landesebene/ Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024

**Abb. 5.11: „Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zum Bundesprogramm
 ‚Respekt Coaches‘ zu?“
 (Expert:innen der Landesebene / n=10)**



Quelle: Antworten der Expert:innen der Landesebene/ Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024

6 Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Arbeit durch staatliche Programme und Maßnahmen

Die Arbeit zur Stärkung demokratischer Einstellungen und Strukturen, zur Förderung demokratischen Handelns und zur Prävention von politischem Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist gemeinschaftliche Aufgabe des Staates und der Zivilgesellschaft. Neben dem ehrenamtlich getragenen Engagement fußt die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen auf unterschiedlichen Finanzierungs- und anderen materiellen und immateriellen Unterstützungsformen. Dabei spielen in der Bundesrepublik staatliche Programme und Maßnahmen, wie z. B. die Bundesprogramme „Demokratie leben!“ oder „Zusammenhalt durch Teilhabe“, eine herausragende Rolle. Wie sich zuletzt in der Diskussion um die inhaltliche Ausrichtung des Demokratiefördergesetzes, aber auch in verschiedenen parlamentarischen Debatten auf der Ebene der Bundesländer gezeigt hat, herrscht allerdings kein gesamtgesellschaftlicher Konsens darüber, in welchem Umfang und zu welchen Konditionen staatliche Unterstützung in welchen Themenfeldern (hier v. a. Förderung politischer Partizipation, Akzeptanz kultureller und geschlechtlicher Vielfalt, Schutz vor und Prävention von Diskriminierung und politischer Gewalt, (Gewalt)Opferhilfe sowie Extremismusprävention) geleistet werden sollte bzw. angemessen ist.

Um hier jenseits der Akteur:innen, die von der Förderung der einschlägigen Programme unmittelbar profitieren, einen Einblick in die Beurteilung der gerade aufgeworfenen Frage zu erhalten, hat die GE die von ihr befragten Politiker:innen und Expert:innen der Länderebene gebeten, einzuschätzen, inwieweit sie die staatliche Unterstützung zivilgesellschaftlicher Arbeit in der Extremismusprävention, im Feld der Vielfaltgestaltung und in der Demokratieförderung als ausreichend betrachten.

Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Arbeit zu ausgewählten sozialen Problemen und gesellschaftlich relevanten Themen

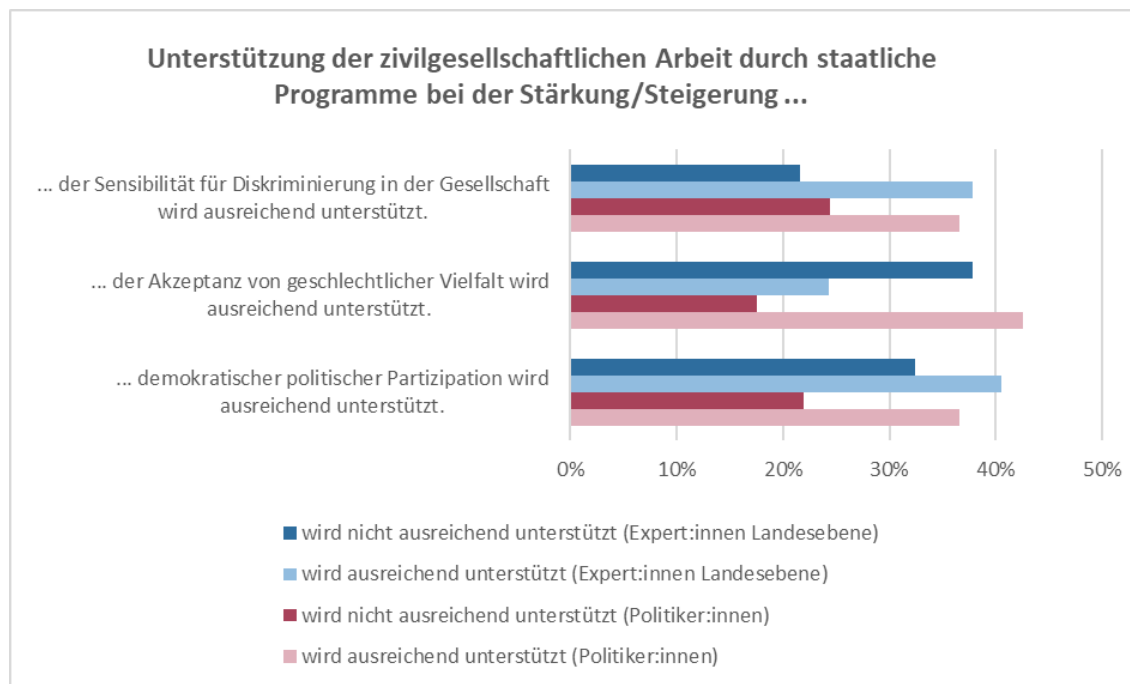
Die befragten Landespolitiker:innen geben mit jeweils rund 40 Prozent an, dass die Sensibilisierung für Diskriminierung in der Gesellschaft, die Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt sowie die Stärkung demokratischer Partizipation ausreichend unterstützt werden. Knapp 20 Prozent geben an, dass die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Arbeit durch staatliche Förderung in diesen Themenfeldern nicht ausreicht (vgl. Abb. 6.12). Die Befragung der Expert:innen auf Landesebene zeichnet ein etwas anderes Bild. Während deren Angaben im Feld der Sensibilisierung für Diskriminierung denen der Politiker:innen ähneln, zeigen sich hinsichtlich der Arbeit zur Steigerung der Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt deutliche Unterschiede. Für die Arbeit dort geben in der Gruppe der Länder-Expert:innen mit 38 Prozent deutlich mehr Akteur:innen als in der Politik an, dass diese nicht ausreichend unterstützt wird. 24 Prozent sehen die Unterstützung als ausreichend an. Zugleich

scheint jede:r dritte Befragte in beiden Gruppen hier unentschieden zu sein oder möchte sich dazu nicht positionieren.

Werden Zusammenhänge mit der Frage betrachtet, welche Relevanz bestimmte gesellschaftliche Themenfelder, deren Bearbeitung durch staatliche Programme gefördert wird, für die Befragten haben, so zeigt sich, dass für die befragten Politiker:innen, die angeben, dass die Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt durch staatliche Programme bereits ausreichend unterstützt wird, die Förderung des Empowerment insbesondere marginalisierter Personen/ Gruppen ($r = -0,4$; $p = 0,03$) sowie die Prävention im Bereich gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ($r = -0,4$; $p = 0,01$) für die eigene politische Tätigkeit weniger relevant sind. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass für Politiker:innen, welche entweder weniger in Kontakt mit den Herausforderungen geschlechtlicher und kultureller Vielfalt kommen oder die diesen Fragen eine vergleichsweise untergeordnete Bedeutung beimessen, die Wahrnehmung vorherrscht, dass bereits eine ausreichende Unterstützung existiert und/oder sie diesbezüglich existierende Bedarfe nicht wahrnehmen.

Demgegenüber scheinen die Expert:innen der Landesebene – wahrscheinlich und nicht zuletzt aus der praktischen Arbeit resultierend – ein hohes Bewusstsein für die Relevanz sowie den noch ungedeckten Unterstützungsbedarf in diesem Themenbereich zu besitzen.

Abb. 6.12: „Inwieweit wird aktuell aus Ihrer Sicht die Arbeit von Akteur:innen der Zivilgesellschaft in den folgenden Themenfeldern durch staatliche Maßnahmen/ Programme ausreichend unterstützt?“ (Expert:innen der Landesebene / n=37, Politiker:innen / n=41 (Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt n=40))



Quelle: Antworten der Politiker:innen und Expert:innen der Landesebene/ Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024 (für die Gesamtanzahl der Antwortenden (n) je Item siehe Tab. D 2)

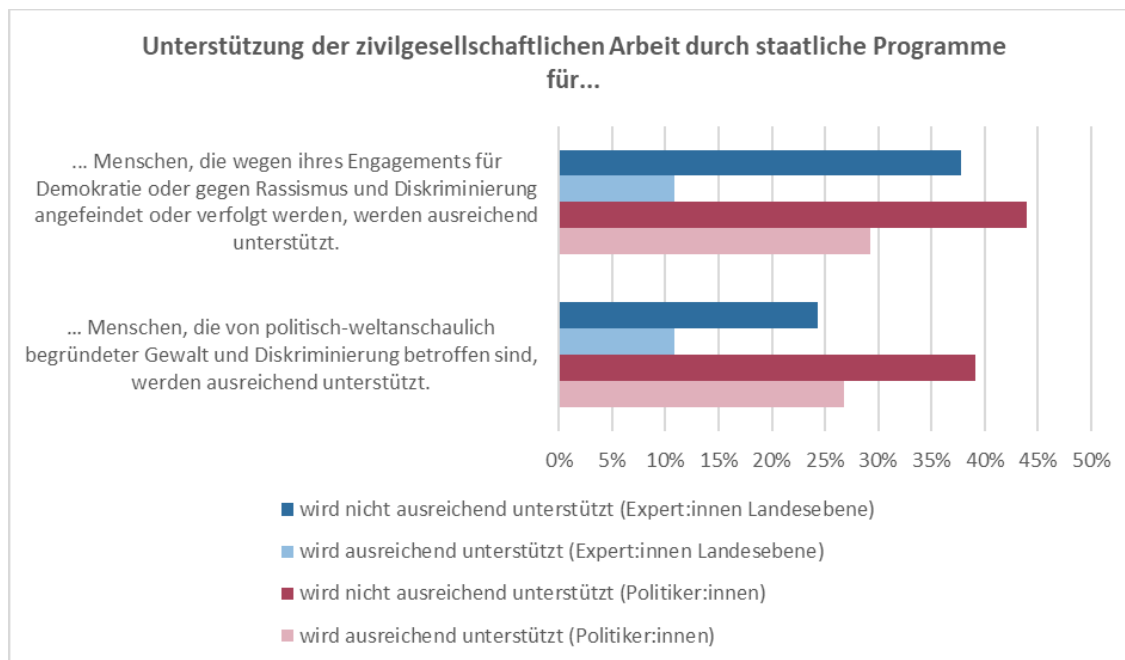
Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Arbeit für Gewalt- und Diskriminierungs-betroffene

Hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Arbeit, die Betroffene von Diskriminierung sowie politisch-weltanschaulicher Gewalt unterstützt, zeigt sich, dass knapp 40 Prozent der befragten Politiker:innen die Unterstützung durch staatliche Programme als unzureichend einschätzen, 27 Prozent finden, dass diese Unterstützung ausreichend sei. In der Arbeit mit bzw. für Menschen, die aufgrund ihres demokratischen Engagements angefeindet und bedroht werden, sehen 44 Prozent der Politiker:innen einen ungedeckten Unterstützungsbedarf, knapp 30 Prozent beurteilen die Unterstützung als ausreichend (vgl. Abb. 6.13).

Unter den befragten Expert:innen der Landesebene halten jeweils 11 Prozent die staatliche Unterstützung sowohl für die Arbeit mit Menschen, die von Diskriminierung und politischer Gewalt betroffen sind, als auch für zivilgesellschaftliche Angebote für Personen, die aufgrund ihres demokratischen Engagements angefeindet und bedroht werden, für ausreichend. Dagegen betrachten 24 Prozent die Arbeit mit Gewalt- und Diskriminierungs-betroffenen und 38 Prozent die zivilgesellschaftlichen Angebote für Betroffene von Anfeindungen aufgrund ihres demokratischen Engagements als nicht ausreichend unterstützt. Zugleich positioniert sich jede:r zweite befragte Expert:in nicht dazu. Das liegt möglicherweise daran, dass sie als Expert:innen der Landesebene zwar Einblick in die Situation in ihren Bundesländern besitzen, ihnen der Überblick über die Situation im Bundesmaßstab jedoch gegebenenfalls fehlt.³ In der Frage zur Angemessenheit der Unterstützung im Bereich der Bedrohung von Engagierten ist zudem zu berücksichtigen, dass beide Befragten-gruppen zu den (potenziell) von Anfeindungen Betroffenen gehören, sodass sich hier individuelle Erfahrungen stärker im Antwortverhalten niederschlagen könnten.

3 Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Angebote v. a. der zivilgesellschaftlich getragenen Gewaltopferberatung und Antidiskriminierungsberatung in der Regel auf der Ebene der Bundesländer erbracht werden.

Abb. 6.13: „Inwieweit wird aktuell aus Ihrer Sicht die Arbeit von Akteur:innen der Zivilgesellschaft in den folgenden Themenfeldern durch staatliche Maßnahmen/ Programme ausreichend unterstützt?“ (Expert:innen der Landesebene / n=37; Politiker:innen / n=41)



Quelle: Antworten der Politiker:innen und Expert:innen der Landesebene/ Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024 (für die Gesamtanzahl der Antwortenden (n) je Item siehe Tab. D 2)

Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Präventionsarbeit gegen politischen Extremismus

Betrachtet man die verschiedenen Themen der zivilgesellschaftlichen Präventionsarbeit gegen politischen Extremismus und weltanschauliche Radikalisierung, zeigt sich, dass insbesondere „neue“ bzw. aktuell-politisch bedeutsame Themen, wie die Radikalisierung von Protesten, z. B. Klima- oder Bauernproteste, sowie die Verbreitung von Fake News und Desinformation, nach Auffassung aller Befragten bisher unzureichend durch staatliche Fördermaßnahmen unterstützt werden (vgl. Abb. 6.14). Zur Einordnung dieser Einschätzungen ist anzumerken, dass Bundesprogramme zwar auf akute gesellschaftliche Probleme reagieren und ihre Förderung entsprechend anpassen. Sie können das jedoch aufgrund ihrer Struktur, Abläufe und Förderregularien in der Regel nur verzögert, wie das beispielsweise für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gezeigt wurde (vgl. Jütz u.a. 2023, S. 28).

Demgegenüber geben die befragten Expert:innen der Landesebene für die inzwischen bundesweit etablierte zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit jeweils etwa gleich häufig an, dass die Unterstützung ausreichend bzw. unzureichend sei. Zugleich stimmen Politiker:innen in dieser Frage häufiger als die Expert:innen der Aussage zu, dass die staatliche Unterstützung in der GMF-Prävention ausreicht. Das ist zu deren Bewertungen der Ange-

messenheit staatlicher Unterstützung für die zivilgesellschaftliche Arbeit zur Förderung der Akzeptanz von geschlechtlicher Vielfalt, von Partizipation sowie zur Sensibilisierung für Diskriminierung kohärent.

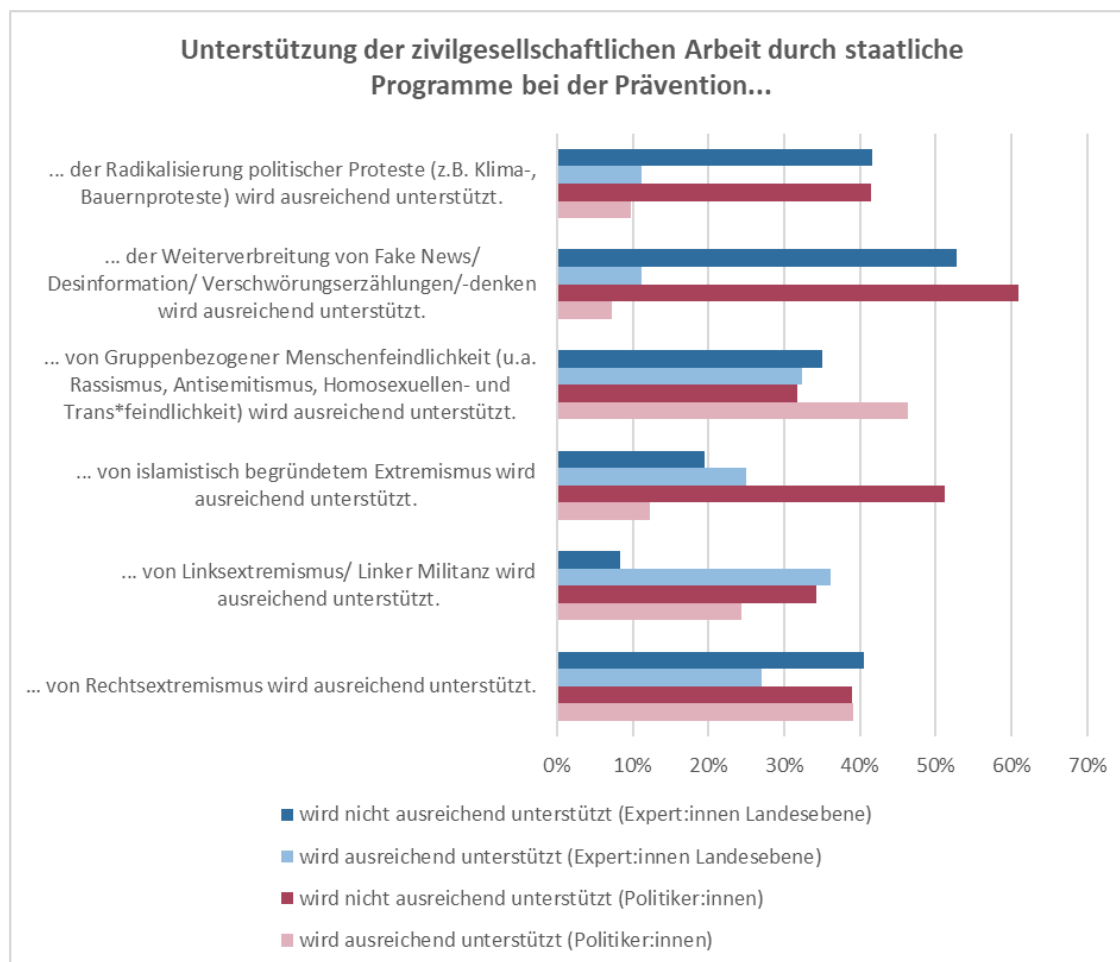
Für die zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit gegen „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus/ Linke Militanz“ und „islamistisch begründeten Extremismus“ zeigt sich ein heterogenes Bild. Knapp die Hälfte der befragten Politiker:innen gibt an, dass der letztgenannte Präventionsbereich unzureichend durch staatliche Programme unterstützt wird. Dagegen schätzen 12 Prozent von ihnen ein, dass diese Unterstützung ausreichend ist (vgl. Abb. 6.14). Diese Bewertungen sind nach Beobachtungen der GE unter anderem dadurch beeinflusst, dass sich zum Zeitpunkt der Erhebung die Sicherheitslage in Deutschland im Phänomenbereich Islamismus/islamistischer Terrorgefahr nicht zuletzt aufgrund des eskalierenden Nahost-Konflikts verschärft hat und die befragten Politiker:innen vor dem Hintergrund ihrer Mitverantwortung für die Gewährleistung öffentlicher Sicherheit eine intensivere Präventionsarbeit dazu auch aus der Zivilgesellschaft heraus erwarten. Die befragten Expert:innen der Landesebene betrachten mit knapp 20 Prozent die Unterstützung für die zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit im Phänomenbereich Islamismus ebenfalls als unzureichend. Mit knapp 25 Prozent schätzt ein ähnlich hoher Anteil dieser Akteur:innen die staatliche Unterstützung für diese Präventionsarbeit als ausreichend ein.

Die Prävention von Linksextremismus bzw. Linker Militanz wird von den Politiker:innen ebenfalls primär als unzureichend unterstützt eingeschätzt (34 Prozent). Zugleich geben 24 Prozent von ihnen an, dass die zivilgesellschaftliche Prävention dieses Phänomens durch staatliche Programme ausreichend gefördert wird. In diesen Daten kommt unseres Erachtens zum Ausdruck, dass die Relevanz des Themas im Kreis der befragten Politiker:innen umstritten ist, was sich u. a. an den einschlägigen öffentlichen politischen Debatten sowie der teilweise gegensätzlichen Einschätzungen der verschiedenen Parteien dazu nachvollziehen lässt. Unter den Expert:innen der Landesebene geben acht Prozent an, die Prävention von Linksextremismus bzw. Linke Militanz aus der Zivilgesellschaft heraus würde durch staatliche Programme unzureichend unterstützt. Dagegen bewerten 36 Prozent diese Unterstützung als ausreichend. In Hinblick auf die zivilgesellschaftliche Rechtsextremismusprävention schätzen die Politiker:innen die Unterstützung durch staatliche Programme zu gleichen Teilen als ausreichend sowie als unzureichend ein (jeweils 39 Prozent). Bei den Expert:innen der Landesebene geben weniger Befragte an, dass staatliche Programme die zivilgesellschaftliche Prävention von Rechtsextremismus ausreichend (27 Prozent) als unzureichend (41 Prozent) unterstützen.

Vergleicht man die Positionierungen der Befragten hinsichtlich der Frage, inwieweit die staatliche Unterstützung der Präventionsarbeit in allen drei Phänomenbereichen (Rechts-, Links- und islamistischer Extremismus) ausreichend erfolgt, wird deutlich, dass die befragten Expert:innen in den zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der Landesebene im Vergleich zu den Politiker:innen dort den Rechtsextremismus als das Phänomen betrachten, in dem zusätzliche staatliche Unterstützung geleistet werden sollte. Die Politiker:innen setzen hingegen eine Priorität auf das Feld der Islamismusprävention. Auch in der Prävention von Linksextremismus gehen die

Einschätzungen von Politiker:innen und Expert:innen der Landesebene dazu auseinander, inwieweit es hier zusätzlicher staatlicher Förderung bedarf.

Abb. 6.14: Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Arbeit durch staatliche Programme bei der Prävention (Expert:innen der Landesebene / n=36 (Rechtsextremismus- und GMF-Prävention n=37), Politiker:innen / n=41)



Quelle: Antworten der Politiker:innen und Expert:innen der Landesebene/ Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024 (für die Gesamtanzahl der Antwortenden (n) je Item siehe Tab. D 2)

Zusammenfassend zeigen die vorliegenden Ergebnisse, dass die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Arbeit in den Hauptthemenfeldern von „Demokratie leben!“ durch staatliche Programme und Maßnahmen von den befragten Expert:innen und Politiker:innen der Landesebene heterogen eingeschätzt wird. Maßgeblich hierfür sind nach unserer Auffassung fachliche und politische Relevanzsetzungen der Befragten, ihr Einblick bzw. ihre Involvierung in praktisches zivilgesellschaftliches Engagement und das Ausmaß, in dem sie von einzelnen Phänomenen bzw. Entwicklungen selbst betroffen sind.

7 Fazit

Jeweils über zwei Drittel der befragten Politiker:innen und Expert:innen der Landesebene sowie etwas weniger als die Hälfte der befragten Akteur:innen aus den kommunalen Jugendverbänden geben an, das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (gut) zu kennen. Darüber hinaus haben auf der Landesebene „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Respekt Coaches“ ebenfalls einen relativ hohen Bekanntheitsgrad.

Die Politiker:innen kennen „Demokratie leben!“ primär durch ihre politische Tätigkeit. Werbemaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit. Netzwerke, in denen von „Demokratie leben!“ geförderte Organisationen beteiligt sind, bieten sowohl für Politiker:innen als auch Expert:innen der Landesebene ebenfalls häufige Kontaktanlässe mit dem Bundesprogramm. Für die letztgenannte Befragtengruppe zeigt sich zudem, dass diese bei der Suche nach Fördermitteln für ein eigenes Projekt auf „Demokratie leben!“ aufmerksam werden. Alle drei Befragtengruppen (Politiker:innen und Expert:innen der Landesebene sowie kommunale Jugendverbände) geben an, durch einzelne Veranstaltungen des Bundesprogrammes aber auch über den Kontakt zu einer Pfd oder einem Modell- oder Begleitprojekt auf „Demokratie leben!“ aufmerksam geworden zu sein. Die Mehrzahl aller Befragten kommt über eine haupt-, neben- oder ehrenamtliche Tätigkeit im Themenspektrum von „Demokratie leben!“ mit dem Programm in Berührung.

Die Einschätzungen der befragten Politiker:innen und zivilgesellschaftlichen Expert:innen der Landesebene sowie der kommunalen Jugendverbände zu den Leistungen bzw. zum Nutzen der erhobenen Bundesprogramme in den Themenfeldern der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention sind alles in allem positiv. Insbesondere die Expert:innen und Politiker:innen der Länder finden, dass die erhobenen Bundesprogramme im Allgemeinen und „Demokratie leben!“ im Konkreten die Sensibilität für Diskriminierung in der Gesellschaft steigert. Außerdem stärkt „Demokratie leben!“ das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Vielfalt und gegen politischen Extremismus und weltanschauliche Radikalisierung.

Dagegen zeigt sich, dass sowohl die befragten Politiker:innen als auch Expert:innen der Landesebene in den untersuchten Programmen noch Leerstellen zum einen bei der Unterstützung von Menschen sehen, die von Diskriminierung und politischer Gewalt betroffen sind, und zum anderen bei Angeboten für Personen, die wegen ihres Engagements für Demokratie und/oder gegen Rassismus und Diskriminierung angefeindet oder verfolgt werden. Dabei sind die Politiker:innen hier im Vergleich etwas kritischer in ihrer Bewertung als die Expert:innen der Landesebene. Möglicherweise wird diese Einschätzung zum einen davon beeinflusst, dass Befragte nur einen begrenzten Einblick in die Angebotslandschaft im Hilfesystem für Gewalt- und Diskriminierungsbetroffene in einzelnen Bundesländern oder darüber hinaus im Bundesmaßstab haben. Zum anderen kann das eigene Erleben ein Faktor für ein kritisches Urteil zu diesem Arbeitsfeld sein, wenn Politiker:innen, aber auch Fachkräfte selbst Opfer von Diskriminierung und Gewalt werden und dabei die Erfahrung unzureichender Unterstützung machen.

In der Frage, inwieweit die staatliche Unterstützung für zivilgesellschaftliches Engagement v. a. in den Themenfeldern von „Demokratie leben!“ allgemein als ausreichend betrachtet werden kann, variieren die Bewertungen der dazu befragten Politiker:innen und Expert:innen der Landesebene. Bezüglich der Unterstützung der Prävention von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geben Politiker:innen im Vergleich zu den Expert:innen der Landesebene häufiger an, dass diese ausreichend durch staatliche Programme unterstützt werden. Übereinstimmend sehen sowohl Politiker:innen als auch Expert:innen einen Bedarf, das zivilgesellschaftliche Engagement für Betroffene politisch-weltanschaulicher Gewalt und Diskriminierung noch umfassender als bisher zu unterstützen. Das deckt sich mit der Bewertung der untersuchten Programme in diesen Themenbereichen.

Für die zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit gegen islamistisch begründetem Extremismus gibt es starke Unterschiede zwischen den Befragtengruppen der Politik und den Expert:innen der Landesebene. Während von der politischen Ebene mit deutlicher Mehrheit angegeben wird, dass hierfür die staatliche Unterstützung zu gering ist, geben die Expert:innen der Fachebene häufiger an, dass diese Unterstützung ausreicht. Eine ähnliche Verteilung zeigt sich für die zivilgesellschaftliche Prävention von Linksextremismus bzw. linker Militanz. Auch bei dieser sehen politische Akteur:innen Lücken bei der Unterstützung durch staatliche Programme, während die Expert:innen der Landesebene diese für ausreichend halten. Deutlich wird hier, dass sich in der Extremismusprävention die Bedarfseinschätzungen der politischen Akteur:innen auf der Landesebene von denen in der Zivilgesellschaft in den einzelnen Phänomenbereichen (Rechts-, Links- und islamistischer Extremismus) unterscheiden.

Insgesamt sind die Einschätzungen der externen Befragten für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ nicht nur von Bedeutung, um sie mit den programminternen Perspektiven ins Verhältnis zu setzen, wie es für den Schwerpunktbericht der GE Ende des Jahres 2024 geplant ist. Die Sicht der Befragten ist auch deshalb interessant, weil diese aufgrund ihrer beruflichen Positionen in der Lage – und teilweise auch in der Verantwortung – sind, die Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Bundesprogrammen auf der Landesebene mit zu gestalten. So entscheiden Landespolitiker:innen zum Beispiel über Landesanteile zur Kofinanzierung von Bundesprogrammen sowie Landesstrategien und -programme mit. Die Expert:innen auf der Landesebene sind unter anderem dafür zuständig, die fachlichen Impulse aufzunehmen, die durch Bundesprogramme, wie „Demokratie leben!“, gegeben werden, und sie über ihre Fachnetzwerke in den Bundesländern in die breite Fachpraxis zu bringen. Letzteres trifft auch auf die Akteur:innen in den kommunalen Jugendverbänden zu. Wenn diese Gruppen bestimmte, durch „Demokratie leben!“ geförderte Inhalte nicht dieselbe Relevanz zuweisen wie das Programm, kann es dazu kommen, dass Anliegen des Programms in den jeweiligen Ländern und Arbeitsfeldern entweder „versanden“ oder Programmziele im Falle von Projektförderungen in einer gegebenenfalls wenig programmkonformen Art uminterpretiert werden und damit nur bedingt erreicht werden können.

8 Literaturverzeichnis

- Autor:innengruppe der Gesamtevaluation (2024): Nachhaltigkeit im Bundesprogramm "Demokratie leben!". Ein Überblick über die erste und zweite Förderphase. Themenpapier UNVERÖFFENTLICHT. DJI. Halle (Saale)
- Autor:innengruppe DJI/ISS (i.E.): Regionale Kooperation und Erträge der Programmförderung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Ergebnisse aus acht Regionalanalysen. DJI. Halle (Saale)
- DJI-Projekt Jugendhilfe und Sozialer Wandel (2024): Auswertung der DJI-Jugendverbandserhebung zum Themenfeld Extremismusprävention und "Demokratie leben!". unveröffentlichtes Manuskript. München
- Jütz, Maren/Kolke, Stefan/König, Frank/Stärck, Alexander/Zierold, Diana/Roscher, Tobias/Greuel, Frank/Milbradt, Björn (2023): Halbzeitbilanz zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (2020–2024). Gesamtevaluation. DJI. Halle (Saale)

9 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 3.1:	"Wie gut kennen Sie die Angebote/Projekte der nachfolgend genannten Programme der Extremismusprävention und Demokratieförderung?" (Politiker:innen)	8
Abb.3.2:	"Wie gut kennen Sie die Angebote/ Projekte der nachfolgend genannten Programme der Extremismusprävention und Demokratieförderung?" (Expert:innen der Landesebene).....	9
Abb. 3.3:	„Kennt Ihr Jugendverband folgende Programme bzw. deren Angebote oder Projekte?“ (kommunale Jugendverbände)	9
Abb. 4.4:	„Wie bewerten Sie aus Ihrer Sicht die folgenden Aussagen zum Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘?“ (Politiker:innen / n=29).....	15
Abb. 4.5:	„Wie bewerten Sie aus Ihrer Sicht die folgenden Aussagen zum Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘?“ (Expert:innen der Landesebene / n=21).....	16
Abb. 4.6:	„Wie hilfreich schätzt Ihr Jugendverband das Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ für die eigene Arbeit ein?“ (Jugendverbände).....	17
Abb. 4.7:	Wie bewerten Sie die folgenden Aussagen zu den Bundesprogrammen?“ – Darstellung der zusammengefassten Antwortkategorien „förderlich“ und „eher förderlich“ (Expert:innen der Landesebene	18
Abb. 4.8:	„Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu den Bundesprogrammen zu?“ – Darstellung der zusammengefassten Antwortkategorien „stimmt genau“ und „stimmt eher“ (Expert:innen der Landesebene)	19
Abb. 5.9:	„Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zum Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ zu?“ (Expert:innen der Landesebene / n=21)	21
Abb. 5.10:	„Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zum Bundesprogramm ‚Zusammenhalt durch Teilhabe‘ zu?“ (Expert:innen der Landeseben / n=12)	21
Abb. 5.11:	„Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zum Bundesprogramm ‚Respekt Coaches‘ zu?“ (Expert:innen der Landesebene / n=10)	22
Abb. 6.12:	„Inwieweit wird aktuell aus Ihrer Sicht die Arbeit von Akteur:innen der Zivilgesellschaft in den folgenden Themenfeldern durch staatliche Maßnahmen/ Programme ausreichend unterstützt?“ (Expert:innen der Landesebene / n=37, Politiker:innen / n=41 (Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt n=40))	24
Abb. 6.13:	„Inwieweit wird aktuell aus Ihrer Sicht die Arbeit von Akteur:innen der Zivilgesellschaft in den folgenden Themenfeldern durch staatliche Maßnahmen/ Programme ausreichend unterstützt?“ (Expert:innen der Landesebene / n=37; Politiker:innen / n=41).....	26
Abb. 6.14:	Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Arbeit durch staatliche Programme bei der Prävention (Expert:innen der Landesebene / n=36 (Rechtsextremismus- und GMF-Prävention n=37), Politiker:innen / n=41)	28
Tab. 2.1:	Erhebungszeitraum und Rücklauf der Befragtengruppen	7
Tab. 3. 2:	„Woher kennen Sie das Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ bzw. wie sind Sie darauf aufmerksam geworden?“	12
Tab. D 1:	„Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu den Bundesprogrammen zu?“ – ohne „weiß nicht“ – Angaben (Expert:innen der Landesebene)	33
Tab. D 2:	„Inwieweit wird aktuell aus Ihrer Sicht die Arbeit von Akteur:innen der Zivilgesellschaft in den folgenden Themenfeldern durch staatliche Maßnahmen/ Programme ausreichend unterstützt?“ (Absolute Zahlen (n) der Politiker:innen und Expert:innen der Landesebene)	34

10 Anhang

Tab. D 1: „Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu den Bundesprogrammen zu“? – ohne „weiß nicht“ – Angaben (Expert:innen der Landesebene)

	stimmt nicht	Stimmt eher nicht	teils/teils	stimmt eher nicht	stimmt genau
„Demokratie leben!“...					
...stattet die geförderten Projekte finanziell bedarfsgerecht aus. (n=15)	0,0%	13,3%	6,7%	66,7%	13,3%
...hat eine klare, transparente Programmstruktur. (n=17)	0,0%	5,9%	35,3%	52,9%	5,9%
... ist für die Projekte mit einem für sie vertretbaren Verwaltungsaufwand verbunden. (n=9)	0,0%	22,2%	44,4%	22,2%	11,1%
„Zusammenhalt durch Teilhabe“...					
... stattet die geförderten Projekte finanziell bedarfsgerecht aus. (n=13)	0,0%	0,0%	15,4%	53,8%	30,8%
...hat eine klare, transparente Programmstruktur. (n=13)	0,0%	7,7%	23,1%	38,5%	30,8%
... ist für die Projekte mit einem für sie vertretbaren Verwaltungsaufwand verbunden. (n=11)	18,2%	0,0%	18,2%	45,5%	18,2%
„Respect Coaches“...					
... stattet die geförderten Projekte finanziell bedarfsgerecht aus. (n=8)	0,0%	12,5%	50,0%	25,0%	12,5%
...hat eine klare, transparente Programmstruktur. (n=8)	12,5%	25,0%	0,0%	50,0%	12,5%
... ist für die Projekte mit einem für sie vertretbaren Verwaltungsaufwand verbunden. (n=6)	0,0%	16,7%	33,3%	50,0%	0,0%

Quelle: Antworten der Expert:innen der Landesebene/ Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024

Tab. D 2: „Inwieweit wird aktuell aus Ihrer Sicht die Arbeit von Akteur:innen der Zivilgesellschaft in den folgenden Themenfeldern durch staatliche Maßnahmen/ Programme ausreichend unterstützt?“ (Absolute Zahlen (n) der Politiker:innen und Expert:innen der Landesebene)

	Politiker:innen n	Expert:innen n
Die Stärkung demokratischer politischer Partizipation wird ausreichend unterstützt	41	37
Die Steigerung der Akzeptanz von geschlechtlicher Vielfalt wird ausreichend unterstützt.	40	37
Die Steigerung der Sensibilität für Diskriminierung in der Gesellschaft wird ausreichend unterstützt.	41	37
Angebote für Menschen, die von politisch-weltanschaulich begründeter Gewalt und Diskriminierung betroffen sind, werden ausreichend unterstützt.	41	37
Die Prävention von Rechtsextremismus wird ausreichend unterstützt.	41	37
Die Prävention von Linksextremismus/ Linker Militanz wird ausreichend unterstützt	41	36
Die Prävention von islamistisch begründetem Extremismus wird ausreichend unterstützt	41	36
Die Prävention von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (u.a. Rassismus, Antisemitismus, Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit) wird ausreichend unterstützt.	41	37
Die Prävention der Weiterverbreitung von Fake News/ Desinformation/ Verschwörungserzählungen/-denken wird ausreichend unterstützt.	41	36
Die Prävention der Radikalisierung politischer Proteste (z.B. Klima-, Bauernproteste) wird ausreichend unterstützt.	41	36

Quelle: Antworten der Expert:innen und Politiker:innen der Landesebene/ Online-Erhebung der Gesamtevaluation 2024